



Protokollauszug  
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 12.10.2017, 17:02 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung

---

**Beratungsverlauf:**

Siehe separates Protokoll Betriebsausschuss Stadtentwässerung.

TOP 2 Verbreiterung/Aufweitung des Verkehrsraumquerschnitts unterhalb der Eisenbahnüberführung August-Bebel-Straße (Vorberatung) Vorl.Nr. 187/17

---

**Beschlussempfehlung:**

**1. Entwurfsbeschluss / Keine Erhöhung der Kostenbeteiligung durch die Stadt**

Der Verkehrsraumquerschnitt der Eisenbahnunterführung August-Bebel-Straße soll, wie bereits in der Mitteilungsvorlage 071/16 erläutert, zur Aufnahme eines zusätzlichen getrennten Fuß- und Radweges sowie einer Abbiegespur in die Calwer Straße von 12,00 m auf 18,50 m verbreitert werden.

Die Kostenbeteiligung der Maßnahme gegenüber der Deutschen Bahn AG wird durch das Eisenbahnkreuzungsgesetz geregelt.

Die auf die Stadt Ludwigsburg entfallenden Kosten gemäß der neuen überarbeiteten Kostenschätzung der DB vom 07.03.2017

In Höhe von 6,44 Mio.€ + 1,16 Mio.€ Unvorhergesehenes + Preissteigerung  
In Summe **7,6 Mio.€ (brutto)**

werden **nicht genehmigt**.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

---

Die Beschlussempfehlung wird mit 8 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

### **Beratungsverlauf:**

Direkt im Anschluss zu TOP 1 des Betriebsausschusses Stadtentwässerung eröffnet BM **Ilk** mit TOP 2 den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt.

BM **Ilk** teilt mit, dass sich von Seiten der Bahn neue Erkenntnisse ergeben haben. Nach Rücksprache mit der Bahn sei mitgeteilt worden, dass mit den ursprünglich beschlossenen 3,7 Mio. Euro die Bahn nicht mitgehen könne, da eine Obergrenze festgelegt sei. Die genannten 7,6 Mio. Euro werden eventuell übertroffen. Die Bahn wünsche eine Zusage der Kostenbeteiligung in der tatsächlich anfallenden Höhe.

Stadtrat **Link** wolle wissen, ob sich die Stadt an dem Neubau der Brücke nicht mehr beteiligen werde. Nachdem BM **Ilk** dies bejaht, schließt Stadtrat **Link** daraus, dass dann finanzielle Mittel zur Verfügung stehen müssten. Er plädiert für die Erstellung eines zeitnahen Übergangs in der Bismarckstraße.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** merkt an, dass die Aufweitung für die Autos, die Fahrradfahrer, sowie die Busvorberechtigungsspur gebraucht werde. Man solle mit der Bahn weiterhin in Verhandlung bleiben.

Ähnlich sehe es Stadtrat **Juranek**. Die Brückensanierung sei notwendig, die Aufweitung lediglich ein Wunsch der Stadt. Sofern die Stadt jetzt nicht mitziehe, bleibe es bei dem jetzigen Brückenformat. Der Kostenanstieg sei unglücklich und merkwürdig. Riskant sehe er eine Absage, ohne weitere Klarheit über Alternativen zu haben. Die 3,7 Mio. Euro seien einstimmig im Gemeinderat beschlossen worden. Es habe Überlegungen zu den Bahnübergängen und Durchstiche gegeben, dies werde sicherlich nicht kostengünstiger, da topographisch enorme Höhen überwunden werden müssen, so Juranek. Die Verkehrsführung an dieser Kreuzung sei ebenso eine Verbesserung. Zum jetzigen Zeitpunkt falle es schwer eine Ablehnung zu treffen.

Stadtrat **Remmele** sehe dies ebenfalls nicht als einfach, da nur eine Brücke verbreitert werde und die Zweite nicht. Primär werde dafür zu viel Geld ausgegeben. Interessant sehe er die geplante Radwegführung an der August-Bebel-Straße. Er wolle wissen, was da genau geplant sei. Er sehe es grundsätzlich als kritisch, da über die sicherlich nicht unerheblichen Kosten für eine Aufweitung des Bahndammes gegenüber der Gaststätte Poseidon noch nicht gesprochen worden sei.

Der Beschlussvorschlag sei hinsichtlich der künftigen Verkehrspolitik ein falsches Signal, so Stadträtin **Burkhardt**. Mit der Anlage von getrennten Fuß- und Radwegen sei ein wichtiger Schritt in der Vernetzung aller Verkehrsarten möglich. Sie könne dieser Vorlage nicht zustimmen. Es sei bereits in der Vergangenheit ein Antrag auf Erweiterung beider Brücken gestellt worden. Die August-Bebel-Straße sehe sie als wichtigste Verbindung zwischen der Weststadt und Eglosheim. Der Zustand und Verkehrsquerschnitt dieser Straße habe Auswirkungen auf die Mobilitätsplanung der Gesamtstadt. Das in der Vorlage vorgeschlagene Querungsbauwerk mit Stadtbahnhaltestelle sei autoverkehrsfreundlich, bürgerfern, finanzaufwendig und erinnere an alte Planungen. In

---

Ludwigsburg solle man sich um umweltfreundlicheren Verkehr kümmern. Nachhaltig solle die Situation für Fußgänger und Radfahrer verbessert werden. Der Vorschlag, dem sie so zustimmen könne, müsse folgenden Wortlaut haben: „Die Stadt Ludwigsburg sucht den Kontakt mit der Bahn. Gemeinsam werden konkrete Pläne mit Kostenberechnung für einen umweltgerechten Umbau der Bahnbrücken erarbeitet und die Einwohner an der Planung beteiligt“, so Burkhardt. Die Bahn wolle ihre Brückenumbaupläne ab 2021 realisieren. So sei es an der Zeit Pläne vorzulegen. So können auch Zuschüsse beantragt werden. Sie sehe es weder sinnvoll noch nachhaltig dem Vorschlag zuzustimmen. Sie werde der Verwaltung eine schriftliche Stellungnahme zukommen lassen.

BM **Ilk** stellt klar, dass die Bahn die genauen Kosten nicht einschätzen könne. Man könne der Bahn keine Blanko Zusage ausstellen. Gespräche mit der Bahn werden weiter geführt. Heute gehe es lediglich darum, dass 7,6 Mio. nicht genehmigt werden. Tagesaktuell werde in der Gemeinderatssitzung 25.10.17 informiert.

Stadtrat **Link** wirft ein, dass die Aufweitung nur einer Brücke nicht sinnvoll sei.

Stadtrat **Gericke** wolle wissen, ob für die Verwaltung die Kostenentwicklung nachvollziehbar sei. Die Maßnahme sei sinnvoll und wichtig. Eine Alternative sei nicht bekannt. Er könne der Vorlage nicht zustimmen. Man müsse nochmal mit der Bahn Gespräche führen. Es sei eine Chance eine Verbesserung der Infrastruktur zu erreichen.

Genauso sehe es Stadträtin **Liepins**. Man verbaue sich die Zukunft und die Möglichkeit eine gute Verbesserung aller Verkehrsteilnehmer zu erreichen. Natürlich nicht zu jedem Preis, so Liepins. Alternativen müssen gefunden werden. Sie wünsche sich eine spätere Entscheidung.

Stadtrat **Juranek** wolle noch wissen, ob das Projekt und in welcher Höhe förderfähig sei?

Stadträtin **Burkhardt** merkt an, dass die Verwaltung eine positive Meinungsäußerung formulieren und dem Gemeinderat vorlegen solle. Zudem sollen mögliche Zuschüsse geprüft werden. In der Ludwigsburger Verkehrsplanung sei dies ein wichtiger Punkt. Weiter wolle sie betonen, dass ohne sorgfältige Planung keine Millionengelder ausgegeben werden sollen. Sie wünsche sich den Kontakt zur Bahn und dass zusammen eine vernünftige Lösung gesucht werde. Sie sehe eine Gefährdung für die künftige Verkehrsplanung.

Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) fügt ergänzend hinzu, dass die Verhandlungsbedingungen die DB festlege. Nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz werde abgerechnet. Dieses Gesetz sei bindend. Der größere finanzielle Part müsse bei einer Veränderung die Stadt übernehmen. Weiter sehe sie die Problematik in der früheren Beschlussfassung. Damals gab es von der DB eine grobe Kostenschätzung für die Stadt von 3,6 Millionen und man habe bestätigt, dass in die erste Planung eingestiegen werde und Planungskosten übernommen werden. Jetzt müsse bestätigt werden, dass bedingungslos zu den Konditionen der DB mitgegangen werde. Die Zusage müsse jetzt zeitnah erfolgen. Zeitlich könne ein alternatives Konzept nicht abgewartet werden. Die Kosten seien geprüft worden. Die Kosten seien noch immer eine Schätzung.

Stadträtin **Burkhardt** meint, dass die DB durchaus gesprächsbereit sei und nennt beispielhaft den Westausgang am Bahnhof. Die jetzige Zwangslage sei auf eine schlechte Information durch die Verwaltung zurückzuführen.

BM **Ilk** erklärt weiter, dass durch das Eisenbahnkreuzungsgesetz die Bahn bevorzugt sei. Gespräche werden weiter geführt. Ein bedingungsloses Mitgehen könne er nicht befürworten. Dieses Thema werde auch noch im Gemeinderat beraten und tagesaktuell informiert.

Stadtrat **Link** weist nochmal auf die zweite Brücke hin.

Stadtrat **Rothacker** befürwortet eine heutige Abstimmung als Empfehlung an den Gemeinderat. Ohne die zweite Brücke mache es keinen Sinn.

BM **Ilk** lässt über die Vorlage abstimmen.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beschließt den Entwurf und den Bau der Spiel- und Sportflächen am Lembergblick in Poppenweiler auf Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung mit zugehöriger Kostenberechnung (Stand 20.09.2017) mit Projektkosten (Kostengruppe 500 + 700) von rund 289.300,00 € inkl. 19 % Mehrwertsteuer und ca. 10 % Unvorhergesehenes sowie 70.000,00 € für die archäologische Voruntersuchung und eventuell anschließende Sicherungsgrabungen von archäologischen Funden.

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** ruft TOP 3 auf und gibt das Wort an Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) weiter. Anhand einer Präsentation informiert Frau Schmidtgen zu diesem Thema. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei. Vor der Sommerpause sei bereits diese Maßnahme vorgestellt worden. Es sei minimal modifiziert worden. Insbesondere geht sie noch auf die anstehenden archäologischen Untersuchungen ein.

---

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache. Das Gremium zeigt sich einverstanden, dass Mitglieder des Stadteilausschusses sich zu Wort melden können.

Herr **Klotz** (Stadteilausschussmitglied) meldet sich zu Wort und teilt mit, dass die Situation sehr erfreulich sei und seine volle Zustimmung finde. Er hoffe, dass dies in Verbindung mit der Sporthalle nicht als Vertröstung eingesetzt werde.

Stadtrat **Th. Lutz** sieht die Maßnahme als tolles und gutes Angebot für die Jugendlichen. Er sei überzeugt davon, dass dies gut angenommen werde. Er ist der Meinung, dass im öffentlichen Spielraum diese Idee öfter umgesetzt werden solle. Über die hohen Kosten und die anstehenden archäologischen Gutachten sei er erschrocken.

Ebenso finde Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** die Planung gelungen und für den Stadtteil ein tolles Angebot. Sie hoffe, dass es bei den anstehenden Untersuchungen keine Funde gebe. Weiter wolle sie noch wissen, ob auch Patenschaften aus der Bevölkerung angedacht seien.

Stadträtin **Liepins** sieht ebenso eine gelungene Planung und schön für den Stadtteil. Es sei eine Einrichtung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Sie befürchte, dass andere Stadtteile hierauf neidisch sein werden. Sie wolle noch wissen, ob die Denkmalschutzkosten gedeckelt seien.

Stadtrat **Rothacker** sieht hier einen gelungenen Mehrgenerationenplatz und wünsche sich dies auch in anderen Stadtteilen.

Stadträtin **Burkhardt** spricht für die Planung ein großes Lob aus. Sie hoffe, dass dieser Platz pfleglich behandelt werde.

Frau **Schmidtgen** dankt für die positive Resonanz. Sie erwähnt lobend die gute Zusammenarbeit der Fachbereiche. Die Kosten für die archäologischen Gutachten seien gedeckelt. Nachdem die Maßnahme von der Bürgerschaft positiv angenommen werde, gehe sie davon aus, dass der Stadtteil hier einen Blick darauf habe, um mutwillige Zerstörungen zu vermeiden. Diese Idee werde auch in anderen Stadtteilen weiterverfolgt. Mit dem Jugendgemeinderat habe man ein gutes Bindeorgan.

Stadtrat **Link** macht darauf aufmerksam, dass mehr Fahrradabstellplätze eingeplant werden sollen.

BM **Ilk** sieht dies als gute Anregung, die vor Ort geprüft werde und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

### Beschlussempfehlung:

- I. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „**Karlstraße 8“ Nr. 018/04** wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 22.09.2017.
- II. Ziel der Planungen ist die Schließung einer Baulücke in zentraler Lage in der Innenstadt mit einer Nachverdichtung, die sich in Maßstab und Körnung in die umliegende Struktur einfügt und gleichzeitig die besonderen Qualitäten des Ortes berücksichtigt.
- III. Das städtebauliche Konzept zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Karlstraße 8“ Nr. 018/04, bestehend aus dem Lageplan (Anl. 1), dem Modellfoto (Anl. 2), und der Begründung, jeweils vom 22.09.2017 (Anlage 3 + 4) wird als Grundlage für das weitere Verfahren beschlossen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, auf den in der Anlage dargestellten Grundlagen, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.
- V. Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, der Anlage welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wird abgesehen.



### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

### Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) teilt mit, dass man heute lediglich über den Aufstellungsbeschluss abstimme. Im Frühjahr sei bereits über die Mehrfachbeauftragung informiert worden. Zwischenzeitlich habe man aktualisierte Pläne vorliegen. Mit der Firma Strenger

---

sei vereinbart worden, dass heute, soweit das Gremium damit einverstanden, der politische Startschuss für das Bebauungsplanverfahren erteilt werde. Er ist sich sicher, dass der richtige Entwurf ausgewählt worden sei. Auf eine umfangreiche Vorstellung wolle er heute verzichten.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Braumann** finde es gut, dass aus dem ursprünglich geplanten Long-Charles ein Half-Long-Charles geworden sei. Das Gebiet sei ein unattraktiver Hinterhof mit Parkierung. Dem unternehmerischen Engagement könne man danken. Es werde innerstädtisch Wohnraum geschaffen, welcher dringend benötigt werde. Der Wettbewerb sei ein Erfolg gewesen und hoffe auf ein zügiges Vorankommen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** merkt an, dass sie die große Tiefgarage störe. Die Häuser haben in Bahnhofsnähe eine gute Anbindung. Hierüber müsse nochmal nachgedacht werden auch zur Schonung des Bodens und zudem wünsche sie sich große Bäume im Hof. Sie gehe davon aus, dass hauptsächlich Studentenwohnungen gebaut werden. Insgesamt sei die Planung angenehm, mit Freiraum, Platz und ein gutes Wohnen.

Das Ergebnis sei gut, die wesentlichen Dinge seien gesagt, so Stadtrat **Juranek**. Die Architektur sei interessant. Spannend werde noch die Detailplanung und der Bau. Den Einwurf der großen Tiefgarage könne er nicht verstehen. Sofern der private Investor selbst die Plätze nicht brauche, könne diese als Quartiersgarage genutzt werden. In der Umgebung sei ein hoher Bedarf an Stellplätzen. Er könne dieses Projekt unterstützen.

Stadtrat **Rothacker** wolle hinzufügen, dass man nicht davon ausgehen könne, dass Studenten oder in bahnhofsnähe Wohnende keine Autos besitzen. Er gibt zu bedenken, dass auf dem jetzigen Platz momentan 110 vermietete Parkplätze seien, die künftig wegfallen werden. Er könne das Vorhaben unterstützen und plädiere für diese Tiefgarage.

Stadträtin **Burkhardt** spricht die Dachform an der Karlstraße an, diese sei für die Gestaltung der Innenstadt wichtig. Grünpflanzungen solle noch eingeplant werden.

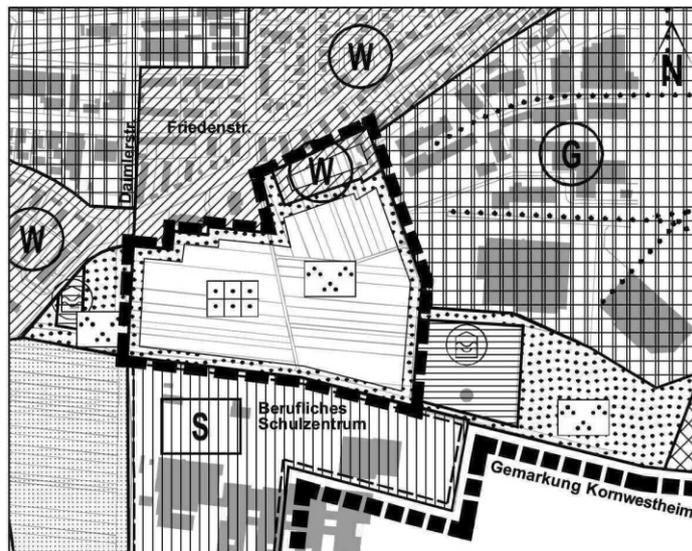
Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** benötigt noch Informationen über die Stellplatzschlüssel für Studentenwohnungen.

BM **Ilk** merkt an, dass heute nicht die Detailplanung diskutiert werden solle. Heute sei der Aufstellungsbeschluss zu treffen.

Herr **Kurt** führt weiter aus, dass über die Detailfragen im Laufe des Verfahrens diskutiert werde. Bei Studentenwohnheimen sei der Stellplatzschlüssel 3:8. Anschließend lässt BM **Ilk** über die Vorlage abstimmen.

**Beschlussempfehlung:**

- I. Die im Rahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden gem. § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 3 beschlossen.
- II. Die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 22 „Kleingärten Römerhügel“ wird beschlossen. Es gilt die Begründung vom 22.09.2017.  
Die Flächennutzungsplanänderung ist dem Regierungspräsidium Stuttgart zur Genehmigung vorzulegen.

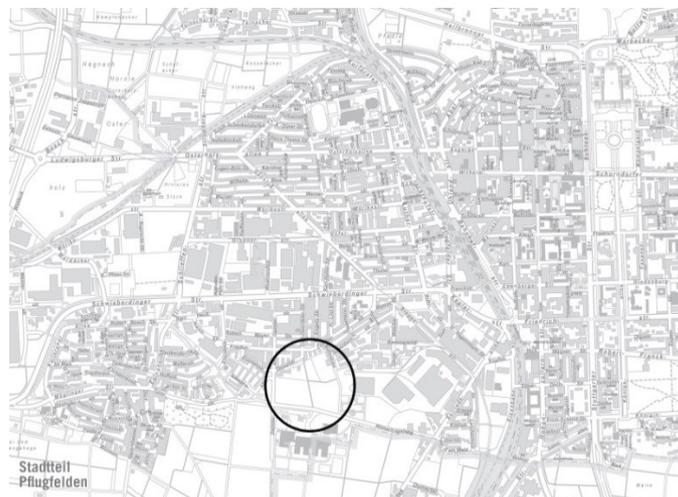
**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Abstimmung erfolgt en bloc mit TOP 5.2 (Vorl. Nr. 381/17)

**Beschlussempfehlung:**

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden gem. § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Bebauungsplan „Kleingärten Römerhügel“ Nr. 026/05 vom 22.09.2017 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften, jeweils mit Datum vom 22.09.2017. gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen. Es gilt die Begründung vom 22.09.2017.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Abstimmung erfolgt en bloc mit TOP 5.1 (Vorl. Nr. 382/17).

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** schlägt vor, TOP 5.1 und 5.2 gemeinsam zu beraten und abzustimmen.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) zeigt eine Präsentation. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Auf einen umfassenden Sachvortrag wolle er verzichten, da sich seit der Beratung im Juli keine Veränderungen ergeben haben.

Stadtrat **Braumann** merkt an, dass die Kleingartenanlage mit dem Baugebiet Muldenäcker zusammengefasst worden sei. Er wolle noch den Stellplatzschlüssel zum Gebiet Muldenäcker wissen. Den Stellplatzschlüssel für die Kleingartenanlage mit einem Stellplatz für 3 Parzellen sehe er als zu wenig. Weiter wolle er nähere Informationen zum Thema unterschiedliche Zuschüsse bei Sattel- oder Flachdächer, auch im Bezug auf das Ökokonto. Bei der letzten Diskussion im Gemeinderat konnte er deshalb nicht zustimmen. Ansonsten sei der Entwurf sehr gelungen.

Stadträtin **Burkhardt** wolle darauf hinweisen, dass bei der Stellungnahme der Behörden und Träger

---

öffentlicher Belange seien in den Vorlagen Aussagen des Arbeitskreises Ökologie und BUND beinhaltet seien. Dies bedeute nicht, dass unterschiedliche Meinungen bestehen. Es seien alle Umweltverbände gegen diese Planungen. Der Arbeitskreis Ökologie habe sich aufgelöst. Jeder anerkannte Umweltverband könne Stellungnahmen abgeben. Weiter wolle sie darauf aufmerksam machen, dass die Stellungnahmen der Behörden in den Vorlagen vollständig dargestellt seien. Die Stellungnahme der Umweltverbände werde in Themen zusammengefasst und hier Zusammenhänge schwer zu erkennen seien, wie auch Argumente nicht genannt seien und grundsätzlich das Gewicht der Einwendung reduziert werde. Die Umweltverbände müssen dieselben Rechte wie die Behörden haben. Die Stellungnahmen müssen im Wortlaut in die Vorlagen aufgenommen werden. Mit diesem Thema müsse man sich ebenso im Beirat für Umwelt und Landwirtschaft beschäftigen.

BM **Ilk** und Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) informieren über die vorgesehenen Zuschüsse. Unabhängig von der Dachform erhalten alle Umziehenden einen Zuschuss in Höhe von Euro 4.000,--. Darin enthalten sei ein zinsloses Darlehen über 10 Jahre in Höhe von Euro 3.000,--. Soweit die Dächer begrünt seien, könne ein weiterer Zuschuss in Höhe von etwa 600,-- Euro in Verbindung mit dem Ökokonto erfolgen. Man wolle den ökologischen Gedanken fördern.

Herr **Kurt** fügt noch hinzu, dass die Umweltverbände genauso behandelt werden, wie die anderen Träger öffentlicher Belange.

Stadträtin **Burkhardt** widerspricht, wolle aber dieses Thema heute nicht weiter vertiefen.

Weiter geht Herr **Kurt** noch auf den Stellplatzschlüssel in der Wohnbebauung ein. Der ruhende Verkehr werde in Tiefgaragen untergebracht. Die Planung sei noch nicht abgeschlossen, soweit die Planreife gegeben, können entsprechende Genehmigungen erteilt werden.

BM **Ilk** lässt über beide Vorlagen en bloc abstimmen.

---

**Beschlussempfehlung:**

Der Gemeinderat beschließt die Durchführung eines **Realisierungswettbewerbs für den Schiller- und Arsenalplatz** mit einem **städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenteil** für die Bereiche **Arsenalgarten, Zeughausplatz und die Erdgeschossfläche des Zeughauses**. Grundlage ist der Übersichtsplan mit der Abgrenzung des Wettbewerbsgebietes vom 21.09.2017 (**Anlage 1**).

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt anhand einer Präsentation dieses Thema vor. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Das Erdgeschoss des Zeughauses liege jetzt für Überlegungen zur Verfügung. Man wolle einen Auftrag um die konstruktiven Gespräche mit dem Land fortzuführen und ein Wettbewerbsverfahren auf dieser Grundlage auszuloben. Dieser werde einen Realisierungs- und Ideenteil umfassen. Städtebaulich werde ein Gutachten bezüglich der Archivfläche und eventuellen Erweiterungen angefertigt.

Stadtrat **Noz** wolle wissen, was im Erdgeschoss vorgesehen sei. Gastronomie oder Einzelhandel, einfach sehe er dies nicht. Hier hoffe er auf ein Nutzungskonzept. Hochschulen oder Wohnen ändere im Erdgeschoss nichts. Er wolle keine weiteren Verzögerungen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** teilt mit, dass das Land und das Archiv seien sehr kooperativ und kreativ. Die Ideen seien gut. Einzelhandel im Erdgeschoss sei nicht sinnvoll. Sie könne sich ein Wissenszentrum vorstellen. Der Platz solle begrünt werden und autofrei bleiben, zudem eine autofreie Mathildenstraße. Bezüglich der Tiefgarage könne sie sich eine Kooperation mit der Kreissparkasse vorstellen.

Die Gespräche mit dem Land seien auf einer guten Ebene, so Stadträtin **Liepins**. Negativ empfinde sie den Zeitverzug. Die Mathildenstraße autofrei sei schön, aber unmöglich, da dies die einzige Ost-West-Verbindung sei. Das weitere Vorgehen des Wettbewerbes interessiere sie. Der Innenhof solle nicht gesamt bebaut werden. Zum Arsenalgarten hin solle dies eine freie Fläche sein.

Stadtrat **Rothacker** sieht keinen Einzelhandel im Erdgeschoss. Eine autofreie Mathildenstraße sei

---

nicht denkbar. Die oberirdischen Parkplätze seien für die Stadt sehr wichtig. Weiter regt er ein begrüntes Parkdeck auf der Bärenwiese an. Er werde sich enthalten, da er sich mit der Überbauung des Arsenalplatzes nicht einig zeigt.

Stadträtin **Burkhardt** könne der Vorlage zustimmen, wolle aber die Streichung der Worte „Erdgeschossfläche des Zeughauses“ und verweist auf ein Schreiben des Landes vom 28.8.2017. Hiermit stelle sie einen Änderungsantrag.

Stadtrat **Lettrari** stellt nochmal klar, dass die FWV den Arsenalplatz erhalten wollen und gegen eine Tiefgarage dort seien.

Stadtrat **Remmele** fügt hinzu, dass auf der hälftigen Bärenwiese eine zweistöckig begrünte Parkgarage erstellt werden solle.

Hierzu äußert sich Stadtrat **Lettrari** erneut, dass er ein Parkdeck auf der Bärenwiese gut finde. Er geht allerdings davon aus, dass Innenstadtbesucher dort nicht parken werden.

Herr **Kurt** dankt für die Rückmeldungen. Es müssen noch die Themen wie Erdgeschossnutzung und die Aufgabenstellung für den Wettbewerb konkretisiert werden. Eine städtebauliche Verträglichkeit müsse ausgelotet werden. Man benötige klare Vorstellungen für die Wettbewerbsteilnehmer, so könne ein besseres Ergebnis und eine größere Ideenvielfalt erzielt werden. Leider verzögere sich hiermit das Verfahren, sei aber notwendig. Ebenso brauche man eine verbindliche Grundlage mit dem Land. Das Thema Tiefgarage sei kontrovers, müsse aber ebenso mitbetrachtet werden.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass die Vorlage mit dem Land abgestimmt sei. Er halte die Streichung, wie von Stadträtin Burkhardt gefordert, nicht für sinnvoll.

Stadträtin **Burkhardt** wolle ihren Antrag weiterhin aufrecht halten.

BM **Ilk** lässt über den Antrag von Stadträtin Burkhardt mit dem Inhalt, dass die „Erdgeschossfläche des Zeughauses“ gestrichen werden solle, abstimmen. Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Danach stellt BM **Ilk** die Vorlage 366/17 zur Abstimmung.

**Beratungsverlauf:**

Frau **Dr. Mayer-Dukart** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt das Thema anhand einer Präsentation vor. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Sie geht auf die repräsentative Bebauung in der Vergangenheit ein. Heute befinde sich dort ein Parkplatz und ist geprägt durch die großen Verkehrsbauwerke.

BM **Ilk** dankt für den Vortrag und eröffnet die Aussprache.

Das Projekt besteche durch seine Einbindung in die Umgebung, so Stadtrat **Braumann** Es sei sehr attraktiv und eine wichtige Stelle als Entree von Ludwigsburg. Die Höhe empfinde er als richtig.

Stadtrat **Gericke** merkt an, dass die Rahmenbedingungen bereits im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt diskutiert worden seien. Bevor das Grundstück veräußert werde, müsse der Wendekreis für die Stadtbahn geprüft werden. Zeitgleich laufe ebenso der ZOB Wettbewerb. Hier könne ein Konflikt mit der Rad- und Fußgängerbrücke entstehen. Dies müsse in den Verkaufsverhandlungen angesprochen werden. Der solitäre Block an dieser Stelle sei sinnvoll und bereichere die Stadt. Neben der Gestaltung sei die Funktion wichtig, vor allem am ZOB.

Stadtrat **Juranek** war über die Baumassen erschrocken und irritiert. Der erste Preis habe deutliche Fortschritte gemacht. Die enorme Baumasse bleibe und stimme nicht zur Leonbergerstraße. Hier werde der Maßstab der alten Bebauung gesprengt und müsse nochmal überdacht werden. Eine Überarbeitung werde Probleme bereiten. Ansonsten sei der Entwurf stimmig.

Stadtrat **Rothacker** sieht den Entwurf als Kompromiss. Er sehe die Baumasse ebenso als sehr massiv. Die Gebäude an der Leonbergerstraße wirken dagegen sehr klein. Der Entwurf in sich geschlossen.

Über die fehlenden Grünflächen habe sie sich bereits beim Bahnhofswettbewerb gewundert, so Stadträtin **Burkhardt**. Der Entwurf habe eine enorme Baumasse. Der Bereich zum Bahnhof solle zurückgenommen werden, soweit möglich. Grünfläche sei kaum vorhanden.

Stadtrat **Lettrari** gefalle der Entwurf. Künftig können sich die dahinterliegenden Gebäude daran orientieren.

Herr **Kurt** geht auf die offenen Fragen ein. Unter anderem müsse man sich mit den Themen Baumasse, Höhen, sowie Fußgängerbrücke auseinandersetzen. Heute stehe keine Entscheidung an.

Frau **Mayer-Dukart** fügt noch hinzu, dass ökologische Maßnahmen auf diesem Grundstück noch erfolgen werden. Hier werde man auch im Zusammenhang mit dem Bahnhofswettbewerb intensiv eine Aufwertung prüfen.

**Beratungsverlauf:**

Anhand einer Präsentation berichtet Herr **Nestmann** (FB Stadtplanung und Vermessung) über dieses Thema. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei. Die seit Februar probeweise Sperrung der Zufahrt zur Alleenstraße von der Solitudestraße aus habe einen doppelten Anlass, zum einen die Seite der Schulen, sowie des Radverkehrs, gehabt. Man wolle erproben, diese Straße im Autoverkehr zu beschränken und die Voraussetzung für eine Fahrradstraße zu schaffen. Dies bedeute eine Fahrbahn für den Radverkehr und Anlieger, mit möglichst geringem Autoverkehr, ohne Trennung zwischen Radweg und Fahrbahn. Durch die Sperrung habe es eine deutliche Reduzierung des Autoverkehrs gegeben. Man konnte feststellen, dass für viele Autofahrer nicht die Alleenstraße das Ziel gewesen sei. Dies bedeute aber, dass andere Wege, vor allem über die Mathildenstraße, gesucht worden seien. Weiter geht Herr Nestmann auf die Details des Probeversuchs ein. Die Verkehrsregelung sei im vorderen Bereich verdeutlicht worden, die Beschilderung und Markierung sei angepasst worden. Die Trennung Fahrbahn/ Radweg solle künftig aufgehoben und überwunden werden. Man habe einen sogenannten Elternhalt vor der Schule eingerichtet. Die Solitudestraße habe, durch die Sperrung der Alleenstraße, den Verkehr aufnehmen müssen. Zum jetzigen Augenblick sei der Knoten leistungsfähig. Beim Anliegergespräch Alleenstraße sei die angespannte Parksituation deutlich erkennbar geworden. Durch die Wegnahme von 10 Stellplätzen in diesem Bereich habe man die Situation verschärft. Die Anwohner merkten unter anderem an, dass sie sich zum Teil beim Einfahren in die Straße gegenüber den Radfahrern rechtfertigen müssen. Einnahmeausfälle werden von der Gastronomie und dem Reisebüro angegeben, weiter werde von der Gastronomie eine Außenbereichsfläche gewünscht. Die Wohnqualität habe zugenommen, allerdings gebe es Probleme in der sozialen Sicherheit, da nachts im Schulhof Treffen stattfinden. Die Kreuzung Seestraße mit der Alleenstraße betreffe hauptsächlich die Schulen. Man habe einen starken Radverkehr. Die Schulen wünschen sich eine bessere Verbindung zum Bildungszentrum West. Ebenso eine Verbesserung der B27 Querung, sowie Ausbau in Richtung Friedrich-Ebertstraße. Die Filmakademie sei damit einverstanden, dass die Alleenstraße zur Fahrradstraße werde und macht den Vorschlag, dass die Seestraße in zwei Richtungen freigegeben werde. Zudem bemängelt sie, dass sie häufig als Durchfahrt benutzt werde, sowie die Problematik mit dem Lieferverkehr und Sondertransporte. Die Polizei habe intern abgefragt mit folgendem Ergebnis, dass der Rückstau in der Solitudestraße kritisiert werde, sowie das Radfahrverhalten zu sorglos sei, zudem Sorge die Beschilderung für Verwirrung. Bei eigenen Fahrten müsse ebenso der Umweg über die Mathildenstraße erfolgen. Weiter führt Herr Nestmann aus, dass der Bereich beim Dragonergässle ebenso vom Autoverkehr entlastet worden sei. Der Probelauf habe bewiesen, dass eine Sperrung der Zufahrt möglich sei. Ein Öffnen der Zufahrt würde die Schulen in Bedrängnis bringen. Im Probelauf könne eine zeitweise Sperrung nicht erfolgen. Bisher habe man nur eine Vorbedingung geklärt. Eine Straße für zwei Zustände zu bauen, falle schwer.

BM **Ilk** dankt für den Vortrag und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Noz** berichtet, dass anfangs massive Rückmeldungen erfolgt seien. Die Einwände bezüglich der Sperrung der Einfahrt in die Alleenstraße kamen von den Eltern. Generell haben die Geschäfte Probleme, auch im Wegfall der Parkplätze. Er berichtet von seinen eigenen Erfahrungen mit einer Fahrradstraße in Stuttgart. Eine Fahrradstraße mit symbolischer Erkennung und bevorrechtigter Verkehr der Radfahrer aber dennoch für Autos befahrbar, könne er sich vorstellen. Ebenso gebe es die Möglichkeit, die temporäre Nutzung durch elektrische Poller zu regeln. Die Lösungsfindung bezüglich der Verbindung über die B27, die Anbindung zum Bildungszentrum West, sowie Anbindung zum Innenstadtcampus werde kreativ begleitet und sei im integrierten

Verkehrskonzept beschrieben. Die Verwaltung solle unter Berücksichtigung der heutigen Redebeiträge eine Vorlage erstellen. Das Konzept ZIEL müsse im Zusammenhang betrachtet werden. Das Konzept ZIEL werde bei einer zeitnahen Einrichtung einer temporären Nutzung, wie auch der Einrichtung einer Fahrradstraße nicht beeinträchtigt.

Stadträtin **Dr. Knoß** habe sich als Radfahlerin besonders über diesen Versuch gefreut. Gegen eine temporäre Nutzung spreche, dass die Eingewöhnungszeit relativ lange dauere. Sie gehe davon aus, dass jeder neue Wege gefunden habe. Die Parksituation vor den Geschäften, insbesondere an Samstagen und abends, zeigt, dass direkt auf dem Gehweg geparkt worden sei. Viel Verkehr in der Alleenstraße sei auch durch Eltern entstanden. Eine Nutzung als Fahrradstraße sei nicht sinnvoll, da eine Querung der Schüler zur Mensa stattfinde. In diesem Abschnitt habe sich der Versuch bewährt. Bemängeln wolle sie das Parkverhalten des Lieferverkehrs in der Solitudestraße. Dies erfolge häufig auf dem Radweg. Eine Umfahrung sei nicht möglich. Zudem wolle sie noch darauf hinweisen, dass der Asphalt des Radweges in der Schillerstraße stark beschädigt sei. Der Weg zum Bildungszentrum West müsse verbessert werden, indem alternativ bei Stau in der Solitudestraße der Umweg über die Myliusstraße zum Bahnhof erfolge. Hier stehen die abbiegenden Autofahrer rechtsbündig und blockieren die Radfahrer. Hier könne eine kleine Verbesserung erzielt werden. Weiter wünsche sie sich ein zügiges Vorankommen in der Friedrich-Ebert-Straße.

In der Fraktion sei dieses Thema nicht diskutiert worden, da der Erfahrungsbericht abgewartet werden wollte, so Stadträtin **Liepins**. Auf jeden Fall müssen die Maßnahmen in der Alleenstraße zu ZIEL passen. Die Verkehrsbeziehungen Solitudestraße und Mathildenstraße müsse für den Radfahrer, wie auch den Autofahrer und Fußgänger berücksichtigt werden. Bei einer Fahrradstraße könne der Autofahrer ebenso durchfahren. Die Zulassung der Seestraße in zwei Richtungen finde sie gut. Nachteilig sei, dass sich in den Abendstunden im Schulareal Gruppierungen bilden, der Sicherheitsaspekt müsse beachtet werden. Die Öffnung der Alleenstraße für den Autoverkehr wie in der Vergangenheit, werde nicht gewollt. Sie warte auf einen Vorschlag der Verwaltung.

Stadtrat **Remmele** merkt an, dass der extreme Verkehr in der Innenstadt beachtet werden müsse. Nach Schulschluss und in den Ferien solle die Alleenstraße für den Autoverkehr geöffnet werden. Man müsse die Straßen im Gesamten sehen.

Eine Vorlage für sinnvoll finde Stadträtin **Burkhardt**. Hier solle ZIEL und die Bedürfnisse der ansässigen Gewerbetreibende berücksichtigt werden. Diese seien auch in den Abendstunden ein Garant für die Belebung. Weiter spricht sie die Straßenoberfläche und Tempo 20 Beschilderung in der Schillerstraße an. Jetziger Versuch in der Alleenstraße solle belassen bleiben, auch im Hinblick auf den Wettbewerb ZIEL.

Stadtrat **Lettrari** sehe versenkbare Poller als sinnvoll. Die Radfahrer gefährden die Fußgänger, dies betreffe alle Fahrradwege und solle künftig beachtet werden. Die Schillerstraße sei einst als Provisorium beschlossen worden.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass die Radfahrer ebenso die Verkehrsregeln zu beachten haben. Die Anregungen werden mitgenommen und ein Verwaltungsvorschlag erstellt.

Stadtrat **Rothacker** weist bezüglich der Schillerstraße auf das Bauvorhaben der Kreissparkasse hin und eine Sanierung momentan nicht sinnvoll sei.

Die Ergebnisse aus dem Prozess ZIEL sollen abgewartet werden, so Stadtrat **Gericke**.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass nicht abgewartet werden könne, bis ZIEL umgesetzt werde. Er dankt für die Rückmeldungen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.